

9. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juli 1956

36/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend gesetzliche Massnahmen auf dem Gebiete des Umsatzsteuerwesens.

-.-.-

Die Umsatzsteuer ist seit der letzten Erhöhung zu einer bedeutenden Belastung geworden. Entscheidender Einfluß auf die Lebenshaltungskosten breiter Bevölkerungsschichten kommt der Umsatzsteuerbelastung bei jenen Lebensmitteln zu, die nicht dem ermäßigten Steuersatz unterliegen.

Die übermäßige Umsatzsteuerbelastung bringt darüber hinaus zwei für die österreichische Volkswirtschaft besonders bedeutungsvolle Gewerbe ins Hintertreffen, nämlich das Gast- und das Beherbergungsgewerbe. Bekanntlich sind Einrichtung und Ausstattung dieser für den Fremdenverkehr grundlegenden Gewerbe in Österreich keineswegs mehr den steigenden Anforderungen gewachsen.

Die Umsatzbesteuerung des Beherbergungsgewerbes wurde überhaupt erst durch das deutsche Umsatzsteuerrecht in Österreich eingeführt. Leider hat sich die Finanzverwaltung nicht den Intentionen der Fremdenverkehrspolitik folgend auf die Positionen zurückgezogen, die sie dem Beherbergungsgewerbe gegenüber bis 1936 innehatte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, im neuen Umsatzsteuergesetzentwurf

1. Umsatzsteuerbefreiung für alle wichtigen Grundnahrungsmittel vorzusehen und

2. bei der Umsatzbesteuerung des Gast- und des Beherbergungsgewerbes die Schwierigkeiten dieser beiden Gewerbebezüge zur berücksichtigen?

-.-.-.-.-